

Die Konsumenten der Mainstream-Medien lesen und hören kaum irgendwelche Kritik über das von der EDK (Erziehungsdirektorenkonferenz) einem Gebilde ohne demokratische Legitimation, ausgeheckte Standardisierungskonkordat zur Schule (HarmoS). Von Links/Grün ertönt nur höchstes Lob, aber auch die sogenannten "Mitte Parteien" haben praktisch schon verinnerlicht, dass der Staat eigentlich für die Erziehung zuständig sei. Jeder Leser, der noch nicht ganz von der massiven Gehirnwäsche durch Links manipuliert ist, sollte deshalb den folgenden Leitartikel von Roger Köppel aus der neusten Ausgabe der "Weltwoche" sehr aufmerksam lesen.

Wir nähern uns schnell einer Situation, wie sie seinerzeit in der DDR herrschte. Dort wurden die Eltern ins Kombinat gesteckt und der Staat bewirtschaftete die Kinder. Der von HarmoS verfügte Zwang zu Tagesstrukturen auf Kosten der Steuerzahler verdankt sich der gleichen kollektivistischen Ideologie. Wo die private Eigenverantwortung bröckelt, kommt die Demokratie ins Wanken.

In den Medien wird zur Zeit jegliche Kritik an HarmoS einfach als von der SVP kommend, und deshalb automatisch "des Teufels" abgetan. Dieser Reflex zeigt sich ja noch in anderen Sachfragen und hilft dabei automatisch der zunehmenden Zentralisierung und Verstaatlichung von Bereichen, wo nur Eigenverantwortung wirklich wünschenswerte Lösungen produzieren würde.

Der folgende Artikel versucht, die Tatsachen wieder etwas zurechtzurücken. Jeder kritische Staatsbürger, der am Wohlergehen unserer Gesellschaft interessiert ist, sollte diesen Leitartikel sehr aufmerksam lesen und dann Entscheiden, wo unsere Interessen in diesem Staat wirklich liegen.

Staat und Kinder
Von Roger Köppel

HarmoS setzt falsche Anreize.

Das von der eidgenössischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) an Volk und Parlamenten vorbei ausgeheckte Standardisierungskonkordat zur Schule (HarmoS) widerspricht nicht nur demokratischen Grundsätzen; es zementiert Fehlentwicklungen. Die EDK hatte den Auftrag, die vom Stimmvolk abgesegneten Harmonisierungsbestimmungen im Bildungsartikel vom 21. Mai 2006 umzusetzen, doch sie ging mit ihrem Vorstoss weit darüber hinaus. Einer der strittigsten Punkte ist die im Gesetz nicht vorgesehene flächendeckende Einführung von Blockzeiten und Tagesstrukturen. Der Staat soll die Aufgabe übertragen bekommen, eine erzieherische Vollbetreuung jener Kinder zu garantieren und bei Bedarf zu übernehmen, deren Eltern diese Pflicht nicht erfüllen wollen oder können. Faktisch ist es nur ein Angebot, aber Signal und Wirkung sind fatal.

Ein freiheitlicher Staat beruht auf dem Prinzip der Eigenverantwortung. Die Erziehung ist/war mit ihren Belastungen und Freuden stets eine private Domäne. Die fließbandmässige Früherfassung der Kinder zum Zweck ihrer Erziehung durch staatlich besoldete Experten galt bisher nicht als Merkmal liberaler Ordnungen. Der Staat hielt sich von totalitären Versuchungen fern, weil er keine falschen Anreize schaffen wollte. Es ist ein kleiner Schritt vom freiwilligen Angebot zum allseits gern genutzten, da bequemen Ausweg aus den Zwängen elterlicher Pflichten. Wo die private Eigenverantwortung bröckelt, kommt die Demokratie ins Wanken. In der DDR wurden Eltern ins Kombinat gesteckt, während der Staat die Kinder bewirtschaftete. Der von HarmoS verfügte Zwang zu Tagesstrukturen verdankt sich der gleichen kollektivistischen Ideologie.

Wagen wir ein paar unmodisch gewordene Überlegungen: Wollen ein Mann und eine Frau eine Familie gründen, sollten sie sich zuerst überlegen, ob sie es sich überhaupt leisten können.

Wenn beide arbeiten müssen, ist die Kinderbetreuung zu regeln mit Verwandten oder Bekannten. Fehlt das nötige Personal, kann man sich nach einer Krippe umsehen und die entsprechenden Kosten tragen. Es gibt keinen Grund dafür, dass der Staat Krippen bauen sollte. Im Gegenteil. Er kann, ja muss dieses Feld der gesellschaftlichen Selbstorganisation überlassen, sonst schwächt er sie. Früher oder später werden staatliche Dienstleistungen auch von denen gebraucht, für die sie nicht gedacht waren. Der Erziehungsapparat wird, zwangsläufig, zum Vollzugshelfer kollektiver Verantwortungslosigkeit im Namen der Gleichheit.

Es hat sich eingebürgert, in gesellschaftspolitischen Fragen behördlichen Aktivismus für unbedenklich zu halten. Die Kampfzone wird aggressiv besetzt von Bildungsbürokraten, Pädagogen, Journalisten, angeblichen Frauenrechtlern, der Psycho-Branche und jenen Leuten, die immer dabei sind, wenn die öffentliche Sphäre vergrößert werden kann. Die Gesellschaftspolitik ist das Trojanische Pferd der Etatisten, die mit erstaunlichem Erfolg auch in freisinnige Stammlande vordringen. Niemand hat etwas gegen eine gewisse Harmonisierung von Schulplänen und Bildungsstandards, obschon es fraglich ist, wieweit eidgenössisch durchgesetzt werden kann, was oft auf kantonaler Ebene scheitert. Nichts ist dagegen einzuwenden, wenn Eltern oder Privatfirmen Tagesstrukturen aufbauen. Gefährlich allerdings ist die kritiklose, unschweizerische Aufrüstung des Staats zur Erziehungskolchose, die unsere Kinder schon ab dem vierten Lebensjahr einzieht und in Konkurrenz tritt zur Familie. Bereits werkelt eine Nationalratskommission an Tagesstrukturen für Kleinstkinder zwischen 0 und 4 Jahren.

Erziehung bedeutet die Vermittlung von Werten und Erfahrungen, die im Rahmen intimster verwandtschaftlicher Beziehungen gepflegt werden müssen. Es ist ein Sündenfall, wenn sich der Staat proaktiv nach vorne drängt, um die Eltern von dieser Verantwortung zu befreien. Um den berühmten Satz des Staatsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde abzuwandeln: Gerade in Erziehungsfragen lebt der liberale Rechtsstaat von Voraussetzungen, die er selber weder garantieren noch unmittelbar beeinflussen kann. Das ist das Risiko, das er um der Freiheit willen eingegangen ist. Man sollte die Kinderverstaatlicher endlich bremsen.